



„Wo Recht zu Unrecht wird, ist Widerstand Pflicht!“

SOZIALE KÄMPFE Die Arbeitsgruppe Soziale Kämpfe befasst sich mit exemplarischen Kämpfen im In- und Ausland, in welchen sich Sozialarbeitende und Menschen welche auf die Soziale Arbeit angewiesen sind organisieren und für eine Verbesserung der eigenen Situation eintreten. Diese Kämpfe geben Orientierung für unsere Praxis heute und hier. Darum wollen wir diese verschiedenen Erfahrungen zusammentragen um aus vergangenen Auseinandersetzungen lernen zu können. In dieser Ausgabe der Kriso Plattform publizieren wir darum ein Interview mit Branka Goldstein, Präsidentin der IG Sozialhilfe (www.ig-sozialhilfe.ch), welche Mitte der Neunzigerjahre unliebsame Erfahrungen mit der Institution „Espoir“ machte, und dagegen im Rahmen der Möglichkeiten anging.

AGS: Liebe Branka, Du hast Dich Mitte der Neunzigerjahre gewehrt, weil sich die Widersprüche zwischen deinen sozialpädagogischen Ansprüchen und dem Auftrag vertieft haben. Wie ist das genau abgelaufen?

Branka Goldstein: Ich habe von Oktober 1994 bis zum 17. März 1995 bei Espoir als sozialpädagogische Familienbegleiterin gearbeitet und am 17. März fristlos gekündigt. Die Familiensituation war sehr komplex und schwierig. Die beiden unverheirateten Elternteile waren schwer drogenabhängig. Der Vater kam aus einer völlig desolaten Herkunftsfamilie und die Mutter war schwer herzkrank, was ich aber erst mit der Zeit herausfand. Das Kind war vier Jahre alt. Es gelang der Mutter, das Sorgerecht für ihren Sohn durchzusetzen. Beide Eltern willigten dann ein, dass ich sie bei ihnen zu Hause begleite. Irgendwie kannten sie mich vom Platzspitz her, weil ich zuvor als Krankenschwester über drei Jahre lang beim ZIPP-AIDS gearbeitet hatte. Die Wohnung der Familie war eine extreme Notwohnung. Es gelang mir innert kurzer Zeit, die Eltern zu überzeugen, das Kind in eine Spielgruppe zu bringen. Doch das Znünitäschli musste zuhause an der Decke aufgehängt werden, damit die Mäuse nicht daran knabberten. Die Wohnung war ein Hohn für eine Familie mit einer schwer kranken Mutter! Vieles war kaputt, es zog und war kalt. Die Besorgung des Haushaltes hat kaum stattgefunden, denn die Mutter war physisch krank und litt an Depressionen. Der Vater kannte gar keinen geordneten Haushalt. In kleinen Schritten ging ich daran, alles langsam mit den Eltern in den Griff zu bekommen. Meine Arbeitgeberin wurde immer misstrauischer, weil ich mehr Stunden verlangte und auch bei den Spesen etwa Desinfektionsmittel aufschrieb. Das Espoir ging von völlig bürgerlichen Normen eines Familienlebens aus, was natürlich völlig absurd war, bei Eltern von der Gasse. Es wurde dann an einer Sitzung erzählt, dass sie möglicherweise ein Ehepaar aus besten Verhältnissen wüssten, die keine Kinder bekommen können und gerne bereit wären, den Jungen aufzunehmen. Ich wurde hellhörig: Was wird da im Hintergrund organisiert? So betonte ich die grossen Fortschritte (was auch so war) der Eltern, und wie sie inzwischen gelernt haben, das Kind sauber und pünktlich in die Spielgruppe zu bringen. Nun, dies wurde nicht als Fortschritt gesehen – (Fortsetzung auf Seite 2)

Zu dieser Ausgabe

Dies ist die Zeitschrift des Forums für kritische Soziale Arbeit in Zürich. Im Rahmen unserer kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Arbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation berichten wir in unregelmässigen Abständen aus kritischer Perspektive über diese Berufsfelder. Im Fokus stehen die sich verschärfende Marktlogik und die neoliberalen Tendenzen im Sozialwesen. Diesen stellen wir die Position einer Sozialen Arbeit gegenüber, die sich nicht zum Spielball machen will, und sich an den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Menschen orientiert.

Plattform verteilen?

Möchtest Du an Deiner Schule, Uni oder in Deinem Betrieb einige Ausgaben der Plattform verteilen? Wir sind darauf angewiesen und danken Dir für diese Form der Mitwirkung ganz herzlich. Schreib uns eine E-Mail an ags.kriso@gmx.ch mit deiner Postadresse und der gewünschten Anzahl Exemplare.

Plattform verpasst?

Vergangene Ausgaben und andere Publikationen der Kriso sind immer auf www.kriso.ch zu finden.

Mitmachen?

AG Soziokultur ska.kriso@gmx.ch
AG Theorie theorie.kriso@gmx.ch
Soziale Kämpfe ags.kriso@gmx.ch
Kriso Bern krisobern@gmx.ch
Kriso Zürich kriso@gmx.ch

sondern dagegegenghalten, dass das wohlhabende Ehepaar in der Nähe der besagten Spielgruppe wohne. Einige Wochen später wurde ich beauftragt, dass ich die Eltern darauf vorbereiten soll, dass das Kind platziert würde. Somit kündigte ich fristlos. Im Schreiben, welches Espoir am 5. April 1995 an das Sozialamt richtete, stand: „Die Familienbegleiterin hat sich mit der Familie solidarisiert und eine unbegründete und ungerechtfertigte fristlose Kündigung per 17. März eingereicht. Wir haben sie aufgefordert, ihre Arbeit sofort wieder aufzunehmen, doch hat sie dies bis heute verweigert.“ Und weiter: "Da die Mutter gesundheitlich stark geschwächt ist, muss für die gesunde Entwicklung nicht nur eine weitere intensive Begleitung der Familie garantiert, sondern die Vorbereitung auf eine langfristige Perspektive in Richtung Teil- oder Wochenplatzierung angestrebt werden."

Ich kannte durch die Bürgerrechtsbewegung die katastrophalen Folgen und Spätfolgen von Kindswegnahmen, darum liess ich mich nicht instrumentalisieren. Die Eltern habe ich informiert, dass ich nicht mehr weiter bei Espoir arbeiten wolle und ich nannte auch die Gründe. Sie kamen verständlicherweise in Panik, weil ihnen versprochen wurde, dass das Kind bei ihnen bleiben dürfe, sofern sie kooperativ mit mir zusammenarbeiten würden, was sie sie auch voll und ganz taten. Gleichzeitig anerkent ich Ihnen, weiter bei und mit ihnen zu arbeiten, was ich dann auch noch mehrere Monate lang tat. In der Zwischenzeit gab es diverse Briefe und Gesuche von Fachleuten, vor allem von ihren Ärzten, welche besagten, dass es für die ganze Familie ganz wichtig sei, dass ich dort weiter arbeiten würde, denn die Erfolge seien enorm. Doch Frau Ruderer, damaliges Mitglied der Einzelfallkommission der Fürsorgebehörde und heute Dozentin an der Fachhochschule in Bern, lehnte das umfassende Gesuch ab, während ich erreichte, dass die Mutter endlich einwilligte, mit meiner Begleitung die Kardiologie aufzusuchen, damit endlich ihr Herzleiden behandelt werden konnte. Im Juli beendete ich meinen Gratiseinsatz in der Familie.

Das Misstrauen, dass das Kind doch weggenommen würde und dass ich etwas damit zu tun haben könnte, verhinderte eine weitere konstruktive Zusammenarbeit. Im Oktober 1995 verstarb dann die Mutter. Der Vater irrte völlig verstört mit seinem Sohn und seinem Hund auf der Gasse umher, bis ihm das Kind weggenommen wurde. Nach meiner fristlosen Kündigung gab es noch zwei Verhandlungen auf dem Arbeitsgericht, die ich jedoch trotz Gegenanwalt selber ohne Anwalt gewann.

AGS: Du hast damals alleine gekämpft. Wie denkst Du rückblickend darüber?

Branka Goldstein: Ja, leider habe ich den Kampf allein führen müssen und leider ist die Kindsmutter gestorben und das Kind trotz dem Einsatz weggenommen worden. Das Problem ist, dass es damals keine politische Unterstützung gab, keine entsprechende Bewegung, die es vermochte, "den Fall" publik zu machen und in den Kontext der miserablen menschenverletzenden schweizerischen Sozial-, bzw. Armuts politik zu stellen.

AGS: Hattest Du damals von irgendeiner Seite Unterstützung erhalten? Und wenn nein, wie hätte diese aussehen können?

Branka Goldstein: Also finanziell war es nicht ein so grosses Problem, da konnte ich ja stempeln, es war ohnehin ein Zwischenverdienst. Als alleinerziehende Mutter war ich selber ebenfalls stets armutsbetroffen. Was ganz wichtig gewesen wäre ist, dass "Espoir" klar in den Kontext von Pro Juventute, bzw. "Hilfswerk Kinder der Landstrasse" gestellt worden wäre! Es hätte einen grossen Aufschrei, Demonstrationen und Öffentlichkeit gebraucht, sodass meine Forderungen hätten durchgesetzt werden können! Stattdessen wurde Espoir überall ausgezeichnet. Aber auch aufzuzeigen, dass sich dieser "Fall" nur wieder einmal mehr in die men-

schenverachtende schweizerische Armuts politik einreichte wäre wichtig gewesen! Das Einzelne muss meiner Meinung nach immer mit dem allgemeinen sozialpolitischen Kontext verbunden werden! Was ist eine Gassenfamilie wert? Scheinbar nicht einmal etwa 2400 Franken inklusive die Nebenkosten, die auf dem Fürsorgeamt beantragt wurden. Was ist das für ein Staat? Wo bleiben die Menschenrechte, und wo die Kinderrechte? Möglicherweise hätte die junge, 26-jährige Mutter gerettet werden können, denn sie war mit mir in der Kardiologie und wir waren in der Phase der Abklärung. In die Phase der Behandlung kam sie dann gar nicht mehr, weil sie es ohne Unterstützung leider nicht schaffen konnte.

AGS: Was denkst Du, wie hat sich die Soziale Arbeit im Allgemeinen seither verändert?

Branka Goldstein: Eigentlich hat sich wenig verändert, abgesehen von kosmetischen Massnahmen: Das Fürsorgeamt heisst beispielsweise nun Sozialamt. Die Armutsbetroffenen werden KlientInnen genannt, wie wenn sie die Wahl hätten. Alle existentiellen Probleme der Armutsbetroffenen werden super schön weichgespült und schöngefärbt. Die Repression auf den Sozialämtern hat dem berühmten "Knopf unter dem Pult", damit die SozialarbeiterInnen sofort nach der Polizei rufen können. Die Einsatzprogramme, schöngefärbt als Integrationsprogramme bekannt, sind ordnungspolitische Massnahmen gegen Armutsbetroffene. Es wird vorgegaukelt, dass dies ein Weg in den ersten Arbeitsmarkt sein würde, doch die Realität ist, wie auch Studien zeigen, dass sie sogar kontraproduktiv sind. Doch sie verhindern, dass die Armut sichtbar wird, dass sich sogar die Armutsbetroffenen organisieren könnten. Zudem sind sie zweifellos Jobkiller des ersten Arbeitsmarktes. Der Abbau ist im vollen Gange: 2005 verringerte die SKOS in ihren Richtlinien das Einkommen der SozialhilfebezüglerInnen um rund 10%, zudem wurde vom Bundesgericht entschieden, dass wer nicht den Auflagen des Sozialamtes folgt, die ganze Sozialhilfe gestrichen bekommt! Kurz: Die Lebensqualität der Armutsbetroffenen wird ständig verschlechtert!

Es braucht dringend einklagbare soziale Rechte in der Bundesverfassung statt nichtssagende Phrasen, die nicht der Realität entsprechen und noch weniger umgesetzt werden können, weil sie keinen Rechtsanspruch beinhalten.

AGS: Was denkst Du darüber, dass heute vielfach zwischen sozial- und standespolitischen Forderungen unterschieden wird? Häufig wird man als unprofessionell abqualifiziert, wenn man Forderungen für sich selber und Forderungen für die Klientel gleichermaßen aufstellt. Wie sollten Deiner Meinung nach sozialarbeiterische Forderungen aussehen?

Branka Goldstein: Ganz genau! Im oben Geschilderten wurde mir auch Unprofessionalität vorgeworfen! Warum hat man/frau diesen Beruf eigentlich gewählt?

Aber sollte man/frau als SozialarbeiterIn nicht über solchen Anschuldigungen stehen? Wo ist das eigene Selbstbewusstsein? Geht es nicht darum, Zivilcourage zu haben? Zudem gibt es ja sogar im Kodex der Sozialarbeitenden das Trippelmandat. Wichtig wäre, dass darüber auch in den Schulen gelehrt wird! Dass sich die Sozialarbeitenden aller Richtungen zusammenschliessen würden, um sich zu überlegen, ob sie den Herren oder den Knechten dienen wollen, das wäre wichtig.

Weshalb ist man Sozialarbeitende geworden? Um gut zu verdienen und sich vor den himmelschreienden gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten abzugrenzen? Oder um "Velofahrer" zu sein: Sich von oben bücken und nach unten zu trampeln? Was soll das mit

den standespolitischen Forderungen? Schauen wir doch mal den Ausdruck an: „SozialarbeiterInnen“. Also speziell definierte ArbeiterInnen! So geht es doch mal darum, die Spezialität dieser ArbeiterInnen zu analysieren und festzustellen: Wir müssen die Lehren ziehen aus der ArbeiterInnenbewegung. Das bedeutet einzusehen, dass einem nichts geschenkt wird, sondern alles erkämpft werden muss(te) und dass die Solidarität ein ganz wichtiges Kampfmittel ist! Dass es auch Streiks, Arbeitsverweigerung geben kann als Kampfmittel, wobei dann die Kampfmassnahmen gegen oben und nicht gegen unten gerichtet sein müssen!

Das ist eine entsprechende Herausforderung, wo Kreativität gefragt ist. Konkret braucht es etwa eine Streikkasse. Dafür sind sowohl die Gewerkschaft wie auch der Berufsverband anzugehen. Dass aber der Kampf gegen die Herrschaften geführt werden muss und es sicher nicht darum gehen kann, sich als Sozialmanager zu profilieren um Armutsbetroffene herum zu tyrannisieren, ist die andere Seite! SozialarbeiterInnen sollten ein sehr hohes Mass an Sozialkompetenz haben: Dies bedeutet Reflexionsfähigkeit und „sozial sein“, was meiner Meinung nach bedeutet, sich einerseits selber zu organisieren, denn dies ist ein soziales Phänomen, als Gruppe zusammen zu reflektieren, zu agieren, zu kämpfen und andererseits sich auch dabei immer die Machtbalance von eigener Macht und der Ohnmacht der KlientInnen vor Augen zu halten. Sicher wäre ein langfristiges Ziel die Solidarität mit den Armutsbetroffenen. Wir von der IG Sozialhilfe haben uns empört, als die Stadt beschloss, den SozialarbeiterInnen mehr Lohn zu geben während aber niemand auf die Idee kam, den SozialhilfebezüglerInnen einen 13. Monatslohn auszubezahlen, oder auch nur schon dies zu fordern! Sie leben ja gleichermassen von der Stadt! In solchen konkreten Fällen sollte Sensibilisierung und Solidarität immer mehr zum Tragen kommen: Es geht ja nicht darum, dass es den SozialarbeiterInnen schlecht gehen soll, sondern dass Armutsbetroffene ebenfalls entsprechend am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können.

Bezüglich den isoliert betrachteten standespolitischen Forderungen: Diese sind schlicht absurd. Historisch gesehen ist eigentlich die Zeit der Stände längst vorbei! Warum also dieser Standesdünkel? Und wenn schon, dann sind SozialarbeiterInnen sowieso im untersten Stand! Gewisse haben aber manchmal die Bestrebung irgendwie "adlig" zu sein, als Sozialmanager.

AGS: Welchen Rat würdest Du heute jungen Sozialarbeitenden geben, welche sich im Dilemma befinden, dass eigene Ansprüche an die Arbeit und an die Arbeitsqualität und der Auftrag von oben im Widerspruch stehen?

Branka Goldstein: Augen aufmachen und nicht verschliessen vor dem Elend der Armutsbetroffenen! Hinhören statt stressen! Mit der Person in ihrem Tempo Lösungen anstreben. Junge, aber auch ältere SozialarbeiterInnen sollten sich unbedingt organisieren mit Gleichgesinnten. Aber dies alleine reicht noch nicht, sie sollten an ihren Stellen immer wieder mit den KollegInnen darüber diskutieren, was in ihrem Betrieb genau abläuft, also vieles hinterfragen.

Wichtig ist es, den anderen die Augen zu öffnen. Ich denke, dass man sich immer vorstellen sollte, dass das Vis à vis ein Familienmitglied sein könnte oder einE FreundIn. Man soll also mit dieser Person so umgehen, wie man es selber für sich möchte respektive wie man es sich für eine entsprechend nahe stehende Person wünschen würde. Wichtig ist es, wirklich sozial zu arbeiten, dies mit hoher Sozialkompetenz zu tun und zu wissen, wofür man einsteht.

Sich nicht runter kriegen lassen, Einschüchterungsversuchen widerstehen und sich auch nicht zu gut fühlen, gegen Arbeitgeber zu klagen, auch mit dem Risiko, selber auf dem Arbeitsamt zu landen. Wo Recht zu Unrecht wird, ist Widerstand Pflicht!

Formen des Widerstandes entwickeln

SOZIALABBAU Im Anschluss an die Veranstaltung zur Broschüre „New Public Management“ (siehe www.kriso.ch) folgte in der Kriso ein neuer Prozess der Diskussion. Nach der Analyse bezüglich aktuellen Entwicklungen im Sozialwesen steht nun eine zweite Broschüre an, welche wir nun zur Debatte stellen. Beteilige Dich an der Diskussion über Formen des Widerstandes in der Sozialen Arbeit!

Die Soziale Arbeit ist europaweit einer immer stärkeren Ökonomisierung unterworfen. Diese dauert schon eine längere Zeit an und tritt in der Schweiz seit Beginn der Neunzigerjahre unter anderem in der Form des New Public Managements in Erscheinung. Konkret heisst dies, dass staatliche Aufgaben je länger je mehr ausgelagert werden, was bedeutet, dass Private die ehemaligen staatlichen Aufgaben übernehmen und miteinander in Konkurrenz (manchmal auch bloss in Pseudokonkurrenz) treten. Folge davon ist ein dubioses Primat der Effizienz, welches praktisch vor allem „Sparübungen um jeden Preis“ bedeutet. In der Sozialen Arbeit werden neue Konzepte auf dieser Grundlage entworfen, vieles wirkt nach aussen hin wie ein gewollter Prozess der Professionalisierung. Tatsächlich haben die Inhalte, welche sich hinter Begriffen wie „Professionalisierung“ und „Flexibilisierung“ befinden mehrere Gesich-

ter, die durchaus auch positive Seiten an sich haben. Sie stehen aber ganz und gar auf dem Boden des Sozialabbaus. In dieser Phase sind es die leeren Staatskassen, welche die materielle Grundlage aller staatlichen Möglichkeiten der Finanzierung von Projekten, Initiativen oder Institutionen bilden.

Konkrete Auswirkungen der Krise

Doch der Sozialabbau ist auch noch konkreter spürbar. Armutsbetroffene, welche auf die Sozialhilfe angewiesen sind, werden verstärkt in Arbeitsintegrationsprojekte gedrängt, welche einerseits einen neuen staatlichen Niedriglohnsektor darstellen und sich andererseits auf einen breit getragenen Konsens von Sozialdemokratie, liberalen und konservativen Kräften stützen können. Durch die Hintertür wird die Soziale Arbeit also in eine Rolle gedrängt, welche sich dafür verantworten muss, das allgemeine landesweite Lohnniveau im Dienste der steigenden unternehmerischen Profitraten zu drücken.

Auch im Asylwesen sind Verschärfungen spürbar. Da „Ausländerpolitik“ immer vor allem Arbeitsmarktpolitik ist, sind die Auswirkungen der Krise auch in diesem Bereich spürbar. Sozialarbeitende müssen entweder konkrete Formen finden, sich gegen die Ver-

verschärfungen zu wehren, oder sie drohen zum Spielball der wirtschaftlichen Interessen zu verkommen.

Verschärfungen sind omnipräsent

Sozialarbeitende selber spüren die Auswirkungen auch. Speziell in Deutschland sind Beispiele dafür zahlreich. Einerseits findet eine zunehmende Hierarchisierung statt zwischen SozialmanagerInnen und ausführenden Kräfte, welche ihren Niederschlag in der Ausbildung und der Aufteilung in Bachelor und Masterabschlüssen findet. Andererseits sind immer mehr Projekte in Gefahr, weil die Finanzierung nicht mehr gewährleistet werden kann. Letzteres ist auch in der Schweiz vermehrt spür- und beobachtbar. Wobei zu bemerken ist, dass jene Projekte, welche sich wie die Soziokultur durch die Freiwilligkeit der Teilnehmenden kennzeichnen, in der Regel zuerst betroffen sind.

Wie wehren?

Es lohnt sich also definitiv, die Verschärfungen nicht auf sich sitzen zu lassen. Wir versuchen zu diesem Zwecke, Ansatzpunkte zu finden, und historische Erfahrungen mit den aktuellen Entwicklungen

zusammenzubringen. Der Entwurf der Broschüre, welche wir verfasst haben, ist bei uns erhältlich. Wir treffen uns im November, um diese zu besprechen und Formen des Widerstandes anzudiskutieren.

In älteren Publikationen von uns haben wir bereits über diverse Formen von Kämpfen geschrieben. So etwa das Kinderheim in Boll der Stiftung Natalie, wo die Angestellten in einen branchenuntypischen Warnstreik getreten sind (und wenige Monate später ein Altersheim in Thun inspiriert haben). Erwähnenswert war auch das Engagement von Fabienne Brutus in Frankreich. Sie arbeitete in einer Arbeitsvermittlung und weigerte sich, die Arbeitslosen weiterhin zu schikanieren. In Berlin fand überdies in diesem Jahr wieder eine grosse Demonstration zum internationalen Tag der Sozialen Arbeit statt; der Sozialabbau war das grosse Thema und die Demonstration bezog sich inhaltlich darauf. All diese Formen und Inhalte geben einen gewissen Hintergrund, vor dem wir die Diskussion führen können.

4. November 2013 – 19.00 Uhr
Langstars Zürich, Langstrasse 120:

Wie können wir uns im Sozialbereich wehren?

Diskussion anhand des Broschürenentwurfes der AG Soziale Kämpfe vom Forum für kritische soziale Arbeit. Broschüre kann unter ags.kriso@gmx.ch angefordert werden.

Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion.

Kriso Bern

Die Kriso organisiert sich – auch in Bern!

BERN Liebe Freundinnen und Freunde, Kritiker/innen, Träumer/innen und Pragmatiker/innen! Im Februar 2013 haben wir uns zusammengefunden und anlehnend an die Kriso in Zürich eine Kriso in Bern gegründet.

Wir bilden eine unabhängige und offene Plattform für kritische Soziale Arbeit. Wir handeln aus einer gesellschaftlichen und politischen Perspektive heraus und fördern ein kritisches Berufsverständnis durch Diskussionen, Austausch und Aktionen.

Unser erster öffentlicher Auftritt war die Teilnahme an der Kundgebung vom 16. März auf dem Bundesplatz in Bern für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor (siehe Foto).

Auch fand ein Info-Anlass zur Asylgesetz-Revision statt, unter anderem mit dem Gastredner Jo Lang. In unseren IG's (Interessengruppen) findet eine vertiefte Auseinandersetzung mit aktuellen Themen und theoretischen Grundlagen statt.

In der IG Sozialpolitik wird zurzeit die Motion Studer (Senkung der Sozialhilfe um 10%) bearbeitet. Die IG Theorie beschäftigt sich mit dem Text „Repressive Toleranz“ von Herbert Marcuse. Die Ergeb-



nisse der einzelnen Interessengruppen werden hoffentlich in nächster Zukunft veröffentlicht sein!

Wer sich am Prozess der Kriso in Bern, speziell an jenem einer Interessengruppe beteiligen möchte, kann sich unter folgenden

Kontaktadressen melden. Wir freuen uns über rege Teilnahme!

krisobern@gmx.ch

<http://www.kriso.ch/bern>

Facebookprofil: „Kriso Bern“